

BDEW

Wege zu strategischer Souveränität

[19.12.2023] Eine aktuelle Studie des BDEW fordert Resilienz in der Energiewirtschaft als Schlüssel zur strategischen Souveränität. Abhängigkeiten von wenigen Akteuren gefährden die Energiewende.

Der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) betont in einem neuen Diskussionspapier die Bedeutung von Resilienz in der Energiewirtschaft. Deutschland strebe eine klimaneutrale Energieversorgung an, um unabhängiger von Energieimporten zu werden. Der Weg dorthin sei jedoch rohstoffintensiv und führe zu Abhängigkeiten von wenigen Akteuren, insbesondere China.

Das Diskussionspapier „Resilienz in der Energiewirtschaft“ zeigt laut BDEW den aktuellen Stand und mögliche Handlungsoptionen auf. Insbesondere im Bereich der erneuerbaren Energien wie Photovoltaik, Windkraftanlagen und elektrische Antriebe dominieren chinesische Unternehmen die Wertschöpfungskette. Kerstin Andreae, Vorsitzende der BDEW-Hauptgeschäftsführung, betont die Notwendigkeit strategischer Souveränität: „Wenn wir strategische Souveränität für die Energiewende erreichen wollen, müssen wir bereit sein, dafür eine Art Versicherungsprämie zu zahlen.“

Die vorgeschlagenen Maßnahmen reichen von Regelungen zur lokalen Wertschöpfung über Investitionsförderung bis hin zu europäischen Rohstoffpartnerschaften. Andreae schlägt sogar die Gründung einer europäischen Rohstoffbank vor. Die Kosten solcher Maßnahmen sollten nicht allein von der Energiewirtschaft und ihren Kunden getragen werden, sondern im Rahmen einer gesamtgesellschaftlichen Versicherungslösung solidarisch verteilt werden.

Der BDEW schlägt vor, einen kritischen Anteil der Wertschöpfung in Europa zu verankern, um im Krisenfall ein schnelles Hochskalieren der Produktion zu ermöglichen. Dieser Ansatz soll die Kosten rechtfertigen und gesellschaftliche Akzeptanz schaffen. Resilienz wird als gesamtgesellschaftliche Aufgabe verstanden, die über die Energiewirtschaft hinausgeht.

(al)

BDEW-Diskussionspapier „Resilienz in der Energiewirtschaft“ (PDF)

Stichwörter: Politik, BDEW,